

Bush und Kerry
im Präsidentschafts-
wahlkampf

Auf Stimmenfang bei katholischen Wählern

Ferdinand Oertel

Für die 750 Studenten, Ehemaligen und Mitglieder der Fakultät der Politikwissenschaft an der Catholic University of America in Washington DC war es ein spektakuläres Ereignis, als sich ihnen die Vorsitzenden der Republikanischen und der Demokratischen Partei im Frühjahr zu einem politischen Streitgespräch stellten. Der Republikaner Ed Gillespie und der Demokrat Terry McAuliff sind nämlich selbst Absolventen der Catholic University und erhielten dort ihr Bild von Gesellschaft, Politik und Kirche, wie es in der katholischen Soziallehre grundgelegt ist. Doch in der Diskussion stellte sich schnell heraus, dass ihre jetzigen parteipolitischen Auffassungen weit auseinander gehen. Ihr Gespräch wurde zu einer vorweggenommenen Wahlkampfdebatte, bei der die Frage im Mittelpunkt stand, wie die Parteien und ihre Präsidentschaftskandidaten die Stimmen der Katholiken gewinnen wollen.

Die Demokraten, so betonte Parteivorsitzender McAuliff ausdrücklich „als Katholik“, seien „eine Partei der Toleranz, eine Partei für alle Gruppierungen“. Sie wüssten, dass die Menschen unterschiedliche Lebensauffassungen hätten, aber alle wünschten sich „eine starke Familie“ als Kernzelle der Gesellschaft. Deshalb setzten die Demokraten auf die Schaffung von „Werten für die Familie“: durch eine bessere Arbeitsplatzsicherung, eine umfassende Gesundheitsfürsorge, eine qualitätsvolle Erziehung der Kinder und Jugendlichen. Katholiken wollten ein „wertorientiertes“ Amerika.

Der Republikaner Gillespie konterte mit heftiger Kritik am demokratischen Kandidaten Kerry. Gerade er habe als Senator immer wieder gegen Steuererleichterungen für die einfachen Leute gestimmt, er sei gegen das Gesetz zum Verbot der Spätabtreibung gewesen, mehr noch: Er wende sich jetzt vehement gegen einen Verfassungszusatz zum Schutz der Ehe, trete für die Anerkennung homosexueller Ehen ein und verteidige die *Pro-Choice*-Haltung der Abtreibungsbefürworter. Alles in allem, so Gillespie, stehe der Demokrat Kerry für ein Amerika, das katholische Wähler eben nicht wollten. Das Streitgespräch endete unversöhnlich. Der demokratische Alumni der Catholic University unterstellte seinem republikanischen Studienkollegen Ablenkung von den großen Themen der inneramerikanischen Sozialbefriedung und internationalen Verstrickung in Terror und Krieg, der republikanische Ehemalige der katholischen Eliteuniversität von Washington warf den Demokraten vor, mit ihren liberalen Auffassungen über Ehe, Abtreibung und Homosexuelle einen Keil in die Gesellschaft zu treiben und sie zu spalten.

Wechselndes Wahlverhalten

Es sind genau diese kontroversen politischen Positionen, über die im November die amerikanischen Wähler entscheiden müssen. Dabei geht es nicht nur um den Präsidenten, sondern auch um eine neue Zusammensetzung des Kongresses. Im Repräsentantenhaus, in dem in der jetzigen Legislaturperiode die Republikaner

die Mehrheit besitzen, wird die Hälfte der Abgeordneten neu gewählt, im Senat, in dem eine Pattsituation herrscht, ein Drittel der Senatoren. Deshalb müssen die Kandidaten in den Bundesstaaten nicht nur um die Wahlmänner für die Präsidentenwahl kämpfen, sondern auch um ihre eigene Wahl in den Kongress. Und dabei kommt es entscheidend darauf an, wie sie die katholischen Wähler gewinnen können, denn diese stellen inzwischen mehr als ein Viertel aller Wahlberechtigten.

Das Abstimmungsverhältnis der Katholiken hat sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend geändert. Bis in die Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts waren Katholiken Stammwähler der Demokraten, weil diese Partei sich von Anfang an für die sozial Schwachen einsetzte, im neunzehnten Jahrhundert besonders für die armen Einwanderergenerationen, zu denen damals viele Katholiken aus Irland, Polen, Deutschland und Italien zählten. Die Republikanische Partei, nicht umsonst auch Grand Old Party (GOP) genannt, vertrat hingegen seit Gründung der Vereinigten Staaten die herrschenden Schichten des protestantisch-puritanischen Establishments der Weißen. Traditionell hatten die Republikaner ihre Wähler in der Oberschicht und eher auf dem Lande, besonders im Mittleren Westen, während die Demokraten ihre Stammwähler vor allem in der Mittelschicht der Großstädte, bei den Schwarzen im Süden und bei den Katholiken hatten.

Das änderte sich zum ersten Mal 1952, als Adlai Stevenson für die Demokraten und Dwight D. Eisenhower für die Republikaner kandidierte. Sowohl bei dieser Wahl als auch vier Jahre später, als beide wieder ins Präsidentschaftsrennen gingen, wählten die Katholiken mehrheitlich republikanisch. Eisenhower profitierte nicht nur von seinem Ruf als Gewinner des Zweiten Weltkrieges, sondern Stevenson war mit dem Makel behaftet, ge-

schieden zu sein. 1960 verhalf dann jedoch eine große Mehrheit der Katholiken dem Demokraten John F. Kennedy zum hauchdünnen Wahlsieg, dem ersten für einen Katholiken überhaupt. Seither, so ergab eine Untersuchung der Politik-Fakultät an der Catholic University of Washington, war die Mehrheit der katholischen Wähler jeweils auf Seiten des Siegers zu finden, unabhängig von seiner Parteizugehörigkeit, ob es nun Ronald Reagan in den achtziger oder Bill Clinton zweimal in den neunziger Jahren war. Erst bei der Wahl im Jahr 2000 konnte der demokratische Kandidat Al Gore mit fünfzig Prozent wieder eine Mehrheit der Katholiken auf sich vereinigen, während George W. Bush als Republikaner nur 47 Prozent erreichte, aber trotzdem als Wahlsieger hervorging.

Heute, so Politikprofessor John Kenneth White von der Catholic University auf einem Symposium in der amerikanischen Hauptstadt, könne man nicht mehr von „der katholischen Stimme“ sprechen, Katholiken wählten kaum noch nach den alten Kategorien. Bestätigt wurde diese Feststellung durch eine neue Umfrage des Zogby International Research Center über die religiöse Haltung der Amerikaner. Danach fühlten Katholiken sich zuerst als Amerikaner, und dementsprechend würden sie sich auch bei der Stimmabgabe verhalten. „Es gibt katholische Sensibilitäten, aber keine Parteidifferenzen mehr.“

Bischofsaufruf zur politischen Verantwortung

Diese „katholischen Sensibilitäten“ versuchen die Bischöfe in einem Aufruf anzusprechen, der bei Beginn der Vorwahlen an alle Pfarrgemeinden verschickt wurde. Unter dem Titel „Faithful Citizenship: A Catholic Call to Political Responsibility“ (Treue Staatsbürger: Ein katholischer Aufruf zu politischer Verantwortung) fordern die Oberhirten insbe-

sondere die Laien auf, sich generell stärker in Gesellschaft und Politik zu engagieren. „Als Staatsbürger und als Bewohner der Vereinigten Staaten“, so heißt es darin wörtlich, „haben wir die Pflicht, uns jetzt und in Zukunft an den Debatten und Entscheidungen über die Wertvorstellungen und Visionen der politischen Führer zu beteiligen, die unsere Nation leiten.“ Durch die Wahlen würden alle Katholiken herausgefordert, „die Werte der Bibel und Lehren der Kirche in die Öffentlichkeit zu tragen“. Diese Herausforderungen seien, so beziehen sich die Bischöfe auf die aktuelle Politik ihres Landes, „nicht einfach politisch, wirtschaftlich oder technisch, sondern ethisch, moralisch und spirituell“. Dabei stehe die Frage im Mittelpunkt: „Wie können wir menschliches Leben und Menschenwürde schützen?“

Ein Kriterienkatalog

Konkret listen die Bischöfe eine Reihe von Kriterien auf, anhand deren jeder Wähler die Kandidaten überprüfen müsse, und dazu gehört nicht nur deren Haltung in der Frage der Abtreibung, der Embryonenexperimente und Euthanasie (der Begriff wird in Amerika noch unvorbelaustet verwendet), sondern auch zur Todesstrafe, zur Rüstungspolitik und zur Terrorbekämpfung. Ausführlich unterbreiten die Bischöfe auch den künftig Regierenden einen Katalog von gesellschaftspolitischen Vorstellungen aus katholischer Sicht heraus. So fordern sie im nationalen Bereich eine „Humanisierung“ der Gesetze für Einwanderer und Kranke durch eine allgemeine Gesundheitsfürsorge, den Schutz und die Förderung von Ehe und Familie, eine Medienaufsicht gegen Verstöße im Jugendschutz sowie im internationalen Bereich „globale Solidarität“ durch Wirtschafts- und Entwicklungshilfe und beim Umweltschutz. Die Bischöfe betonen, dass sie sich politisch nicht vereinnahmen lassen wollen, sie

seien nicht einfach „rechts“ oder „links“ einzuordnen und wollten der Gesellschaft keinen „katholischen Stempel“ aufdrücken. Es sei jedoch ihre Aufgabe, zum Gemeinwohl des Staates gemäß der kirchlichen Lehre beizutragen.

Pro und Contra für Bush und Kerry

Inwieweit Katholiken die Kriterien der Bischöfe im November bei den Wahlen anwenden, ist nach Auffassung des Dekans der Fakultät für Politikwissenschaft an der Catholic University, Marc Rozell, „so ungewiss wie seit langem nicht mehr“. Neuere Umfragen haben ergeben, dass bei den Katholiken keine Trennlinie mehr zwischen Demokraten und Republikanern verläuft, sondern zwischen denjenigen, die als aktive Katholiken gelten, und denjenigen, die kirchenfern sind. „Wenn wieder ein John F. Kennedy im Rennen wäre und dabei als Katholik firmierte“, schloss John Zogby daraus, „würde die katholische Sensibilität für ihn mobilisiert.“

Obwohl George W. Bush bei den Wahlen vor vier Jahren nicht die Mehrheit der katholischen Stimmen auf sich vereinigen konnte, gewann er in seiner Regierungszeit, zumindest bis zu seinem umstrittenen militärischen Angriff auf den Irak, an Zustimmung unter den Katholiken. Er setzte eine ganze Reihe seiner Wahlversprechen zum Schutz des Lebens durch, unterschrieb das zweimal von Clinton per Veto abgelehnte gesetzliche Verbot der Spätabtreibung, setzte die staatliche Unterstützung für soziale Aktivitäten von „Faith-based“-Organisationen durch, wozu auch die kirchlichen gehören, sprach sich für ein generelles Klonverbot aus und punktete im gegenwärtigen Wahlkampf erneut durch seine Ablehnung der Legalisierung von Homohähen und seine Forderung eines Verfassungszusatzes zum Schutz der Ehe. Selbst in seiner starren Haltung in der Befürwortung der Todesstrafe weiß er die

Mehrheit der Katholiken hinter sich (entgegen der offiziellen Haltung der Bischöfe). Andererseits ist sein kriegerischer Einsatz im Irak von Anfang an nicht nur bei den Bischöfen, sondern auch in weiten katholischen Bevölkerungsteilen auf starke Kritik gestoßen, ebenso eine Reihe von Gesetzen in der Steuer- und Sozialpolitik sowie das Ausscheren aus internationalen Vereinbarungen in der Entwicklungspolitik, im Umweltschutz und in der Gerichtsbarkeit.

Andererseits kann John Kerry, der Präsidentschaftskandidat der Demokraten, nicht damit rechnen, wie Kennedy die große Mehrheit der Katholiken auf sich zu ziehen, obwohl er sich als Katholik kennt. Nicht nur für die Bischöfe, sondern immer noch für viele kirchennahe Katholiken vertritt Kerry in entscheidenden Positionen Ansichten, die der Kirchenlehre widersprechen: Er ist „Pro-Choice“, also für die freie Wahl der Frauen in Fragen der Abtreibung, dennoch hat er als Senator gegen die Spätabtreibung gestimmt, aber auch gegen Gesetze, die Abtreibungen einschränken; er tritt für Embryonenexperimente ein, er ist gegen einen Verfassungszusatz zum Schutz der Ehe und für eine Legalisierung homosexueller Ehen. Kein Wunder, dass Kerrys Positionen in der Kirche zu einer großen Debatte über die Frage geführt haben, ob katholische Politiker im Amt gegen ihre katholische Überzeugung handeln dürfen und einen Unterschied zwischen Privatgläubigen und Loyalität zum Staatsgesetz machen können. John F. Kennedy hatte vor seiner Wahl erklärt, als Präsident würde er treu zur amerikanischen Verfassung stehen und sich nicht von seinem Glau-

ben leiten lassen. Doch vor vierzig Jahren, so argumentieren die Bischöfe, habe es Grundwertefragen wie Abtreibung, Klonen und Homo-Ehen nicht gegeben, sodass ein katholischer Politiker heute die Kennedy-Argumentation nicht mehr als Alibi nehmen könne. Wie weit die Polarisierung geführt hat, ist daran zu erkennen, dass der Erzbischof von St. Louis, Raymond L. Burke, sogar erklärte, er würde Kerry in seiner Kathedrale die Kommunion verweigern.

„Ein schlafender Gigant“

Während sich bei einer Umfrage der Georgetown University im Frühjahr die befragten Katholiken mehrheitlich noch für Kerry ausgesprochen hatten, ergaben spätere Umfragen, dass Katholiken sich im Wahlverhalten nicht mehr von den anderen Amerikanern unterscheiden, sondern ihre Wahl eher von den Entwicklungen im Irak und in der Wirtschaftsentwicklung beeinflusst wird als von Glaubenshaltungen. Allerdings gibt es noch „einen schlafenden Giganten“: die Hispanics. Von ihnen sind rund zehn Millionen wahlberechtigt, darunter über siebzig Prozent Katholiken. Sie haben 1996 noch zu 81 Prozent traditionell demokratisch gewählt. Nach einer Zogby-Umfrage unterstützen heute jedoch 55 Prozent den Republikaner George W. Bush, weil er ihnen „mental und politisch näher steht“. Deshalb könnte im November den Bundesstaaten New Mexico mit 42 Prozent Latino-Anteil und Florida mit siebzehn Prozent wieder eine Schlüsselrolle zukommen. Wird es letzten Endes also doch auf katholische Stimmen ankommen?